

# Stellungnahme

Eingebracht von: Fischer, Felix

Eingebracht am: 17.09.2020

---

Das Gesetz ermöglicht, ohne selbst ein Verfassungsgesetz zu sein, schwerwiegende Eingriffe, da Verordnungsermächtigung für Verwaltungsbehörden, auch ohne Kontrolle des Nationalrats, insbesondere in die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Personenfreizügigkeit, des Hausrechts, der Erwerbsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Freiheit der Religionsausübung. In Gänze betrachtet widerspricht der Entwurf selbst dem Legalitätsprinzip. Solche Grundrechte aufgrund einer, wenn auch schweren, Epidemie ohne Kontrolle der Legislative und durch Geheimhaltungsklauseln und intransparente Voraussetzungen („auftreten von COVID 19“) auch ohne Kontrolle der Bevölkerung, einfach über Bord zu werfen ist eine Schande für die Republik Österreich und entbehrt jeder Grundlage.

Der Nationalrat wäre dringend beraten den gegenständlichen Gesetzesentwurf in Gänze abzulehnen und sich entschieden gegen solche Ermächtigungsgesetze auszusprechen. Jeder Abgeordnete zum Nationalrat sollte sich seiner Pflichten für die Republik Österreich bewusst werden und den Rechtsstaat bewahren und nicht zerlegen. Dollfuß hätte seine Freude mit dem Gesetz gehabt.